



2003/34 Ausland

<https://shop.jungle.world/artikel/2003/34/nachrichten-0>

Nachrichten

<none>

Unzufriedene Rebellen

Liberia/Ghana. Auch nach dem Rücktritt Charles Taylors am Montag der vergangenen Woche gehen die Machtkämpfe in Liberia weiter. Kurz vor der geplanten Unterzeichnung des Friedensabkommens in der ghanaischen Hauptstadt Accra sorgte die Rebellenarmee Lurd mit ihrer Forderung nach weiteren Ministerposten für eine Verhandlungsverzögerung. Moses Blah, der das Präsidentenamt nach Charles Taylors Abreise ins nigerianische Exil übernommen hat, verhandelte direkt mit Vertretern der Rebellengruppen und der politischen Parteien Liberias über eine Übergangsregierung. Konsens war bisher, dass an ihrer Spitze keine der Kriegsparteien stehen sollte.

Da rund 200 US-Elitesoldaten nun doch die westafrikanische Friedenstruppe Ecomil unterstützen, gekündigte der Lurd-Führer Sekou Conneh zwar die freiwillige Waffenabgabe seiner Kämpfer an, zugleich bestand er weiterhin auf den Abzug der Regierungssoldaten aus der Hauptstadt. Am Freitag konnten erstmal zwei von der UN gecharterte Schiffe den inzwischen von den Kämpfern geräumten Hafen anlaufen und erste Hilfslieferungen löschen.

Kommen und gehen

Kongo. Wirklich überzeugt von einem langfristigen Erfolg der Kongo-Intervention scheint Gérard Dubois, der französische Befehlshaber der multinationalen Eingreiftruppe Artemis, nicht zu sein: »Man kann 100 000 Soldaten dorthin schicken, aber wenn die Kongolesen die Kämpfe nicht beenden wollen, werden wir keinen Erfolg haben.« Aber er wird das mögliche Scheitern aus der Ferne beobachten. In Bunia haben am Sonnabend vergangener Woche französische Soldaten einen ersten Kontrollpunkt an nachrückende UN-Soldaten aus Bangladesh übergeben.

Bis zum Abzug der Artemis-Truppen am 1. September sollen weitere fünf Kontrollposten an die Blauhelme übergeben werden. Die neue UN-Mission ist mit einem stärkeren Mandat als die seit 1999 im Kongo stationierte Monuc 1 ausgestattet. Sie ist gemäß Kapitel 7 der UN-Charta berechtigt, auf den Bruch des Friedens mit Gewalt zu reagieren und Kämpfe zwischen rivalisierenden Milizen zu beenden. Ihr Einsatzgebiet soll sich über Bunia hinaus auf die angrenzenden Regionen Kivu und Ituri erstrecken. Das neue Mandat läuft bis zum 30. Juli 2004.

Streik und Streit

Chile. »Ihr braucht einen guten Grund, um zu streiken, und das Land weiß nicht, welches die Gründe sind«, hat Chiles sozialistischer Präsident, Ricardo Lagos, am Mittwoch der vergangenen Woche den ersten Generalstreik seit dem Ende der Pinochet-Diktatur kritisiert. Damit vertiefte er den Riss zwischen den linken Kräften Chiles. Organisiert hatte den landesweiten Streik die größte chilenische Gewerkschaft CUT, der es gelang, 90 Prozent ihrer Mitglieder für bessere Arbeitsbedingungen und gegen unbeschränkten Marktliberalismus zu mobilisieren.

Der Gewerkschafter Iván Saldias sagte der Jungle World, dass sich viele Studenten und Angehörige der armen Unterschicht den Protesten anschlossen. Als ein Demonstrationzug eine wichtige Hauptstraße in der Nähe des Präsidentenpalastes in Santiago de Chile blockierte, kam es zu heftigen Kämpfen mit der Polizei, die mit Tränengas und Wasserwerfern gegen die rund 3 000 Demonstranten vorging. Die Ausschreitungen verlagerten sich in der Nacht auf Donnerstag in die ärmeren Viertel der Hauptstadt. Zu Zwischenfällen kam es auch in anderen Städten des Landes. Saldias zufolge wurden bei den Demonstrationen 310 Menschen verhaftet und 72 Zivilisten verletzt.

Freikauf auf Raten

Libyen. Lange brauchte der libysche Diktator Muammar al-Gaddafi nach dem Anschlag auf einen Jumbo der Pan Am über dem schottischen Lockerbie, bei dem 270 Menschen starben, um seine Uniform wieder rein zu waschen. 1999 lieferte er die zwei Hauptplaner des Anschlags aus und wusch seine Hände in Unschuld. Er ließ militant-islamistische Kräfte im eigenen Lande verfolgen und verurteilte die Anschläge vom 11. September. Seit der Vereinbarung mit Anwälten von Angehörigen der Lockerbie-Opfer, 2,7 Milliarden US-Dollar als Entschädigung zu zahlen, hofft Libyen auf die Aufhebung der 1992 verhängten UN-Sanktionen.

Anscheinend wurde die Rechnung aber ohne den französischen Außenminister Dominique de Villepin gemacht. Frankreich hatte sich mit Libyen bereits auf eine niedrigere Summe für die Angehörigen der 170 Opfer des 1989 über dem Niger gesprengten Jets der französischen Airline UTA geeinigt, fordert nun aber eine höhere Entschädigung. Solange Libyen nicht auf diese Forderung eingeht, will Frankreich im UN-Sicherheitsrat die Aufhebung der Sanktionen mit seinem Veto verhindern.

Tod eines Feldmarschalls

Saudi-Arabien / Uganda. »Liz, wenn Du einen richtigen Mann haben willst, komm' nach Kampala«, stand einst in einem Telex, das Idi Amin Dada, von 1971 bis 1979 Diktator des westafrikanischen Uganda, an die Queen schickte. Nun ist er tot, der selbst ernannte Feldmarschall und Vater von mindestens 25 Kindern. Am vergangenen Sonnabend verstarb Amin im vermuteten Alter von 80 Jahren an Organversagen in seinem saudi-arabischen Exil.

»Sein Tod ist ein Zeichen für das Ende unserer schlimmen Vergangenheit«, sagte ein Sprecher des ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni. Während Amins Herrschaft wurden hunderttausende Menschen ermordet oder vertrieben. Nach seiner Entmachtung durch tansanische Truppen floh er ins Öl-Königreich, wo er von den Saudis eine Rente erhielt, da er vor seiner überhasteten Flucht keine großen Reichtümer ins Ausland hatte schaffen können. Amins größte Sorge galt in den letzten Jahren seiner abnehmenden Männlichkeit, weshalb er täglich 30 Orangen als Potenzmittel aß. Was ihm, der sich einst angeregt mit den abgehackten Köpfen seiner Opfer unterhielt, den Spitznamen Dr. Jaffa eintrug.